

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung / Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
04.07.2018
- 3 Bericht der Universität Potsdam
- 4 Vorstellung der polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) 2017 für die
Landeshauptstadt Potsdam sowie Schwerpunkte der kommunalen
Kriminalitätsprävention, gemäß Beschluss: 16/SVV/0719
- 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 5.1 Bürgernahe Verwaltungssprache
Vorlage: 18/SVV/0340
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
(zur Erledigung)
- 5.2 Sitzungskalender 2019
Vorlage: 18/SVV/0381
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
- 5.3 Ordnungsbehördliche Verordnung der Landeshauptstadt Potsdam über
Öffnungszeiten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen aus Anlass
besonderer Ereignisse für den Zeitraum vom 01.09.2018 bis 30.09.2018
(Antikmeile 30.09.18)
Vorlage: 18/SVV/0587
Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
(Vorabbehandlung im Hauptausschuss)
- 5.4 Ordnungsbehördliche Verordnung der Landeshauptstadt Potsdam über
Öffnungszeiten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen aus Anlass
besonderer Ereignisse für den Zeitraum vom 01.11.2018 bis 30.11.2018
(Potsdamer Lichtspektakel 04.11.18)
Vorlage: 18/SVV/0588
Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
(Vorabbehandlung im Hauptausschuss)
- 5.5 Ordnungsbehördliche Verordnung der Landeshauptstadt Potsdam über
Öffnungszeiten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen aus Anlass
besonderer Ereignisse für den Zeitraum vom 01.12.2018 bis 31.12.2018 (2.
Advent 09.12.18 und 4. Advent 23.12.18)
Vorlage: 18/SVV/0589
Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
(Vorabbehandlung im Hauptausschuss)

- 6 Verständigung zur Einwohnerfragestunde
- 7 Mitteilungen der Verwaltung
- 7.1 Vorschlag zur Ehrung des Fanfarenzuges Potsdam
gemäß Beschluss: 18/SVV/0382
Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters
- 7.2 Information zur Beschlussvorlage zu den Gesamtstädtischen Zielen
Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung und
Geschäftsbereich Zentrale Steuerung und Finanzen
- 7.3 Prüfung von Einzelfragen zum Verkauf von Grundstücken am Brauhausberg
Vorlage: 18/SVV/0596
Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters
- 8 Sonstiges

Nicht öffentlicher Teil

- 9 Feststellung der nicht öffentlichen Tagesordnung / Entscheidung über
eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des nicht öffentlichen Teils
der Sitzung vom 04.07.2018
- 10 Information zum Strandbad Babelsberg
Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters
- 11 Mitteilungen der Verwaltung
- 11.1 Stand der kommunalen Immobilienverkäufe 2018 zum 30.06.2018
Vorlage: 18/SVV/0585
Oberbürgermeister, Kommunaler Immobilien Service (KIS)
- 12 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

**zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung / Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung
vom 04.07.2018**

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 17 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Hinsichtlich der vorliegenden öffentlichen Tagesordnung schlägt er folgende Änderungen vor:

Anträge auf Rederecht:

- Der **Handelsverband Berlin-Brandenburg e.V.** beantragt Rederecht für **Herrn Wolfgang Kampmeier** (Regionalleiter Mittel- und Nordwestbrandenburg) zu den **Tagesordnungspunkten 5.3 bis 5.5**. Zu dem Antrag auf Rederecht erhebt sich **kein Widerspruch**.

Zurückstellungen:

- Der **Tagesordnungspunkt 4, Vorstellung der polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) 2017**, muss zurückgestellt werden, da Herr Toppel, Leiter der Polizeiinspektion Potsdam, erkrankt ist.

Ergänzungen:

- Unter **8., Sonstiges**, soll das Thema **Informationen zum Beteiligungsrat 2019/2020** behandelt werden.

Gegen diese Änderungen in der Tagesordnung erhebt sich kein Widerspruch.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig **bestätigt**.

Die Niederschrift des öffentlichen Teils der 80. Sitzung des Hauptausschusses vom 04.07.2018 wird mit Stimmenmehrheit, bei 3 Stimmenthaltungen **bestätigt**.

zu 3 Bericht der Universität Potsdam

Der Oberbürgermeister begrüßt zu Beginn des Tagesordnungspunktes den Präsidenten der Universität Potsdam, Herrn Prof. Günther. Herr Prof. Günther weist zu Beginn seines Vortrages auf ein Factsheet hin, das den Mitgliedern des Hauptausschusses als Tischvorlage vorliegt und betont, dass er sehr zufrieden mit der Zusammenarbeit zwischen der Universität und der Landeshauptstadt Potsdam sei. Im Anschluss stellt er im Rahmen einer Präsentation den aktuellen Stand und die Perspektiven der Entwicklung der Universität Potsdam dar. Er geht dabei insbesondere auf die Gründung der 6. und der 7. Fakultät, den Ausbau im Bereich Lehramt sowie auf die Stellung der Universität in verschiedenen Hochschulrankings ein. Weiter stellt er die Ausbaupläne der Universität an den Standorten Neues Palais, Rehbrücke, Golm und Griebnitzsee vor und bedankt sich noch einmal bei der Landeshauptstadt Potsdam für die Unterstützung und die Schaffung zusammenhängender Flächen. Zum Abschluss fasst Herr Prof. Günther zusammen, dass die Universität Potsdam, ausgehend vom Jahr 2012, bis 2020 etwa ein Drittel mehr Professuren haben werde und etwa ein Drittel mehr an Finanzierung durch das Land und den Hochschulpakt sowie etwa ein weiteres Drittel mehr an Drittmitteln zur Verfügung stehen werden. Die Anzahl der Studierenden werde um etwa ein Sechstel auf 23.000 ansteigen. Dies bedeute 15

% mehr Finanzierung je Studienplatz und damit eine wichtige Verbesserung der Studienqualität.

Der Oberbürgermeister bedankt sich bei Herrn Prof. Günther für die Darstellungen und regt an, eine solche Berichterstattung regelmäßig, einmal im Jahr im Hauptausschuss durchzuführen.

Herr Heuer bittet in diesem Zusammenhang zukünftig um eine integrierte Darstellung, die auch Fragen wie die verkehrliche Anbindung und studentisches Wohnen umfasse. Der Oberbürgermeister entgegnet, dass dies andere Thematiken seien und diese nicht im Zuständigkeitsbereich der Universität liegen würden. Herr Heinzl fragt, ob im Bereich der Gesundheitswissenschaften eine Kooperation mit dem Klinikum Ernst von Bergmann bestehe. Herr Prof. Günther antwortet, dass dies nicht der Fall sei, Kooperationen aber grundsätzlich möglich seien und über die verbundene Medizinische Hochschule Brandenburg bereits zu anderen Kliniken bestehen würden.

Herr Dr. Scharfenberg bedankt sich für den guten Bericht und bittet um die vom Oberbürgermeister vorgeschlagene, regelmäßige Berichterstattung im Hauptausschuss. Er regt an darüber nachzudenken, wie Stadt und Universität zukünftig noch intensiver zum gegenseitigen Vorteil zusammenarbeiten könnten. Gern dürfe Herr Prof. Günther auch Wünsche der Universität an die Landeshauptstadt herantragen. Frau Armbruster greift diesen Punkt auf und fragt Herrn Prof. Günther nach konkreten Wünschen. Er antwortet, dass die aktuellen Wünsche eher ans Land gerichtet seien, Themen wie studentisches Wohnen, Bauland und Verkehr aber wichtige Faktoren für die weitere Entwicklung seien.

Der Oberbürgermeister hält abschließend fest, dass eine Berichterstattung zur Entwicklung der Universität Potsdam zukünftig jährlich erfolgen soll, bedankt sich noch einmal bei Herrn Günther und wünscht der Universität alles Gute für die weitere Entwicklung.

zu 4 Vorstellung der polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) 2017 für die Landeshauptstadt Potsdam sowie Schwerpunkte der kommunalen Kriminalitätsprävention gemäß Beschluss: 16/SVV/0719

zurückgestellt

zu 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

**zu 5.1 Bürgernahe Verwaltungssprache
Vorlage: 18/SVV/0340**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
(zur Erledigung)

Auf eine Einbringung des Antrages wird verzichtet. Herr Exner, Bürgermeister und Beigeordneter für Zentrale Steuerung und Finanzen, betont, dass die Begründung des Antrages nachvollziehbar sei. Das Thema bürgernahe Verwaltungssprache sei jedoch bereits Teil des Fortbildungsprogramms der Landeshauptstadt Potsdam. Auch gebe es in diversen anderen Bereichen bereits Bemühungen in diese Richtung. Herr Exner schlägt deshalb vor, den

vorliegenden Antrag für durch Verwaltungshandeln erledigt zu erklären oder wie folgt abzuändern:

*Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine bürgernahe Verwaltungssprache einzuführen **weiter zu fördern**, um Behördentexte möglichst verständlich zu formulieren, ohne dass Präzision und Rechtssicherheit darunter leiden.*

Frau Armbruster erklärt sich namens ihrer Fraktion mit der von Herrn Exner vorgeschlagenen Änderung einverstanden. Den Antrag für durch Verwaltungshandeln erledigt zu erklären, lehne sie jedoch ab.

Der oben genannte, von Herrn Exner formulierte **Änderungsantrag** wird anschließend durch den Oberbürgermeister zur Abstimmung gestellt:

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

Im Anschluss wird der so geänderte Antrag zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine bürgernahe Verwaltungssprache weiter zu fördern, um Behördentexte möglichst verständlich zu formulieren, ohne dass Präzision und Rechtssicherheit darunter leiden.

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit angenommen,
bei einer Stimmenthaltung.

zu 5.2

Sitzungskalender 2019

Vorlage: 18/SVV/0381

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Auf eine Einbringung der Vorlage wird verzichtet. Der Oberbürgermeister stellt folgenden **Ergänzungsantrag**:

Ergänzung eines weiteren Sitzungstermins für den Hauptausschuss am 24.04.2019

Der oben genannte Ergänzungsantrag wird im Anschluss zur Abstimmung gestellt:

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit angenommen,
bei einer Stimmenthaltung.

Anschließend stellt der Oberbürgermeister die so geänderte Vorlage zur Abstimmung:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Den Sitzungskalender 2019 als Arbeitsgrundlage für die

Stadtverordnetenversammlung, ihre Fraktionen und Ausschüsse sowie für weitere Gremien.

Inklusive der Ergänzung eines weiteren Sitzungstermins für den Hauptausschuss am 24.04.2019.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit angenommen,
bei einer Stimmenthaltung.

zu 5.3 Ordnungsbehördliche Verordnung der Landeshauptstadt Potsdam über Öffnungszeiten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen aus Anlass besonderer Ereignisse für den Zeitraum vom 01.09.2018 bis 30.09.2018 (Antikmeile 30.09.18)

Vorlage: 18/SVV/0587

Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
(Vorabbehandlung im Hauptausschuss)

Die Tagesordnungspunkte 5.3, 5.4 und 5.5 werden zusammen behandelt.

Zu Beginn des Tagesordnungspunktes begrüßt der Oberbürgermeister Herrn Wolfgang Kampmeier, Regionalleiter Mittel- und Nordwestbrandenburg des Handelsverbandes Berlin-Brandenburg e.V. Herr Kampmeier nimmt das ihm zu Beginn der Sitzung eingeräumte Rederecht wahr und spricht sich in seinem Beitrag gegen die Einschränkung des räumlichen Geltungsbereichs für die Sonntagsöffnungszeiten zum „Potsdamer Lichtspektakel“ am 04.11.2018 und zum 2. Advent am 09.12.2018 sowie zum 4. Advent am 23.12.2018 aus. Insbesondere die Herausnahme der Postleitzahlenbereiche 14478 und 14480, in denen sich auch das Stern-Center befindet, sei für den Einzelhandel problematisch. Er appelliert an die Verwaltung, die Vorlagen noch einmal dahingehend zu überarbeiten, dass zu den genannten Anlässen eine stadtweite Öffnung der Geschäfte möglich sei und damit eine Benachteiligung bestimmter Händler verhindert werde.

Herr Jetschmanegg, Fachbereichsleiter Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung, betont, dass die Verordnungen zu den Sonntagsöffnungszeiten in den vergangenen Jahren regelmäßig gerichtlich angegriffen worden seien. Auf Grundlage der Ergebnisse der bisherigen gerichtlichen Auseinandersetzungen seien die neuen Verordnungen erarbeitet worden, um eine möglichst hohe Planungssicherheit für die Einzelhändler zu erzielen. Die Postleitzahlenbereiche 14476, 14478 und 14480 wurden in den Verordnungen zum Potsdamer Lichtspektakel und zum 2. und 4. Advent absichtlich herausgenommen, um möglichen Klagen und Verboten zu entgehen. Verdi sehe jedoch auch die aktuellen Verordnungen kritisch. Auf Grund des zeitlichen Drucks wirbt Herr Jetschmanegg um sofortige Zustimmung zu den Verordnungen in der kommenden Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 05.09.2018. Der Oberbürgermeister ergänzt, dass die Verordnungen unverändert beschlossen werden sollten.

Herr Dr. Scharfenberg sagt, dass es nicht nachvollziehbar sei, warum die Stadtteile Stern und Drewitz nicht im räumlichen Geltungsbereich inbegriffen sind. Zu den genannten Anlässen würden auch dort Aktionen stattfinden, die eine Öffnung der Geschäfte in den betroffenen Postleitzahlenbereichen möglich machen würden. Herr Kirsch schlägt vor, die ausgeschlossenen

Postleitzahlenbereiche nur bei einer der beiden Verordnungen doch zu berücksichtigen, um zu sehen wie die Gerichte im Falle einer Klage entscheiden würden. Frau Hüneke regt an, vorerst nur die Verordnung zur „Antikmeile“ zu beschließen und die anderen Verordnungen für weitere Beratungen zurückzustellen. Eine einvernehmliche Lösung solle abseits des Gerichtstisches gefunden werden. Der Oberbürgermeister weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass es im Oktober keine Sitzung der Stadtverordnetenversammlung gebe und ein Beschluss auf Grund der Termine somit bereits im September notwendig sei.

Herr Jetschmanegg betont, dass man in ständigen Gesprächen, mit Verdi, der IHK, der Kirche und dem Handelsverband stehen würde. Potsdam sei jedoch eine Stadt, die hinsichtlich ihrer Verordnungen zu den Sonntagsöffnungszeiten besonders intensiv beklagt werde. Er macht ebenfalls deutlich, dass ein Weihnachtsmarkt, wie er beispielsweise auf dem Weberplatz in Babelsberg stattfindet, nicht vergleichbar sei mit einem Weihnachtsmarkt, der im Stern-Center selbst und durch die dort ansässigen Geschäfte organisiert werde. Der Oberbürgermeister betont, dass er diese Auffassung ausdrücklich teile.

Herr Heuer sagt, dass seine Fraktion die Auffassung der Verwaltung unterstütze, jedoch Teile der Fraktion auf Grund von entgegenstehenden Arbeitnehmerinteressen nicht allen Verordnungen zustimmen werden. Herr Dr. Scharfenberg merkt an, dass in der Vergangenheit über 10 Tage für verkaufsoffene Sonntage gesprochen wurde, jetzt seien es nur noch 4. Diese Entwicklung sei zu extrem und die Ausklammerung der Stadtteile Stern und Drewitz nicht angemessen. Die Kunden würden die Möglichkeiten auch in diesen Stadtteilen gern nutzen.

Der Oberbürgermeister betont, dass die Landesregierung leider keinen klaren Kurs in dieser Thematik vorgebe. Das Thema müsse jedoch auch heute nicht weiter vertieft werden.

Herr Schultheiß regt an, dass Areal um die Antikmeile zu erweitern. Die wirtschaftliche Lage für die Händler im Holländischen Viertel sei ohnehin schwierig. Auch das Stern-Center dürfe nicht ausgeschlossen werden. Da die Rechtssicherheit allerdings auch ein Thema sei, schlägt er vor, eine vierte Verordnung nur für den Bereich rund um das Stern-Center zu schaffen. Herr Jetschmanegg betont, dass er die Händler verstehe, die Realität der letzten Jahre jedoch eine andere sei. Er wirbt deshalb noch einmal um Zustimmung zu den Vorlagen in der kommenden Sitzung der Stadtverordnetenversammlung.

Der Oberbürgermeister weist abschließend darauf hin, dass Änderungsanträge natürlich möglich seien, er werde jedoch dagegen sprechen. Ein Beschluss müsse im September gefasst werden. Die Vorlagen werden im Anschluss durch den Hauptausschuss **zur Kenntnis genommen**.

Beschlussvorschlag:

Ordnungsbehördliche Verordnung der Landeshauptstadt Potsdam über Öffnungszeiten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen aus Anlass besonderer Ereignisse für den Zeitraum vom 01.09.2018 bis 30.09.2018 (Antikmeile 30.09.18)

**zu 5.4 Ordnungsbehördliche Verordnung der Landeshauptstadt Potsdam über
Öffnungszeiten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen aus Anlass
besonderer Ereignisse für den Zeitraum vom 01.11.2018 bis 30.11.2018
(Potsdamer Lichtspektakel 04.11.18)**

Vorlage: 18/SVV/0588

Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
(Vorabbehandlung im Hauptausschuss)

*Der Tagesordnungspunkt 5.4 wurde zusammen mit dem Tagesordnungspunkt
5.3 behandelt und anschließend **zur Kenntnis genommen**.*

Beschlussvorschlag:

Ordnungsbehördliche Verordnung der Landeshauptstadt Potsdam über
Öffnungszeiten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen aus Anlass
besonderer Ereignisse für den Zeitraum vom 01.11.2018 bis 30.11.2018
(Potsdamer Lichtspektakel 04.11.18)

**zu 5.5 Ordnungsbehördliche Verordnung der Landeshauptstadt Potsdam über
Öffnungszeiten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen aus Anlass
besonderer Ereignisse für den Zeitraum vom 01.12.2018 bis 31.12.2018 (2.
Advent 09.12.18 und 4. Advent 23.12.18)**

Vorlage: 18/SVV/0589

Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
(Vorabbehandlung im Hauptausschuss)

*Der Tagesordnungspunkt 5.5 wurde zusammen mit dem Tagesordnungspunkt
5.3 behandelt und anschließend **zur Kenntnis genommen**.*

Beschlussvorschlag:

Ordnungsbehördliche Verordnung der Landeshauptstadt Potsdam über
Öffnungszeiten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen aus Anlass
besonderer Ereignisse für den Zeitraum vom 01.12.2018 bis 31.12.2018 (2.
Advent 09.12.18 und 4. Advent 23.12.18)

zu 6 Verständigung zur Einwohnerfragestunde

Herr Kümmel, Leiter des Büros des Oberbürgermeisters, schlägt vor, die
eingegangenen Fragen zur Einwohnerfragestunde, die allen Mitgliedern des
Hauptausschusses als Tischvorlage vorliegen, wie folgt zu beantworten:

Die Fragen 1, 4, 6, 8 und 10 werden durch den Geschäftsbereich des
Oberbürgermeisters beantwortet. Die Fragen 2, 5, 7 und 13 werden durch den
Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt beantwortet. Der
Geschäftsbereich Bildung, Kultur und Sport soll die Frage 9 und die Frage 11
beantworten. Die Frage 3 soll durch die Stadtverordnetenversammlung
beantwortet werden. Eine weitere Verständigung dazu soll in der Sitzung des
Ältestenrates am 04.09.2018 erfolgen.

Nicht beantwortet werden soll die Frage 14, da die Fragestellung hier die Klärung
eines persönlichen Problems zum Inhalt hat und somit nicht durch die Regelung

zur Einwohnerfragestunde abgedeckt ist. Zur vorliegenden Frage 12 fehlt noch eine Rückmeldung des Fragestellenden, weshalb diese Frage nicht weiter besprochen wird.

zu 7 Mitteilungen der Verwaltung

zu 7.1 Vorschlag zur Ehrung des Fanfarenzuges Potsdam gemäß Beschluss: 18/SVV/0382

Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters

Der Oberbürgermeister eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt das Wort an Herrn Kümmel, Leiter des Büros des Oberbürgermeisters. Herr Kümmel geht im Rahmen einer Präsentation auf den Begriff des Ehrenbotschafters ein und betont, dass dies aktuell kein offizieller Ehrentitel der Landeshauptstadt Potsdam sei. Er nennt Beispiele für Ehrenbotschafter in anderen Ehrenordnungen und weist auf offene Fragen hin, die bei Einführung dieses Titels noch zu klären seien. Er schlägt anschließend vor, Ehrenbotschafter als ehrenamtlich tätige Personen, Vereine oder Organisationen zu definieren, die durch ihr Wirken außerhalb Potsdams dem Ansehen der Landeshauptstadt im nationalen oder internationalen Rahmen dienen. Eine Ehrung sollte als neues Format im Rahmen der Anerkennungskultur und im Zusammenhang mit dem neuen Ehrenamtskonzept geprüft und ausgestaltet werden.

Der Oberbürgermeister fasst die Schilderungen zusammen und fragt, ob entsprechend des Vorschlages von Herrn Kümmel weiter verfahren werden könne. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch

Frau Müller fragt, wann mit dem Ehrenamtskonzept zu rechnen sei. Herr Jetschmanegg, Fachbereichsleiter Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung, antwortet, dass das Ehrenamtskonzept im November in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht werden soll. Herr Dr. Scharfenberg weist darauf hin, dass der Fanfarenzug entsprechend des zugrundeliegenden Beschlusses zum Ehrenbotschafter ernannt werden solle. Der Oberbürgermeister sagt dies zu.

Die Mitteilung wird im Anschluss **zur Kenntnis genommen**.

zu 7.2 Information zur Beschlussvorlage zu den Gesamtstädtischen Zielen

Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung und Geschäftsbereich Zentrale Steuerung und Finanzen

Herr Jetschmanegg, Fachbereichsleiter Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung, informiert mündlich über die Beschlussvorlage zu den Gesamtstädtischen Zielen, die in der kommenden Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 05.09.2018 eingebracht werden soll. Da die Ziele alle in verschiedenen Runden mit den Fraktionen abgestimmt seien, bittet er um sofortige Beschlussfassung. Gegen diesen Vorschlag erhebt sich auf Nachfrage des Oberbürgermeisters kein Widerspruch.

Die Mitteilung wird anschließend **zur Kenntnis genommen**.

zu 7.3 Prüfung von Einzelfragen zum Verkauf von Grundstücken am Brauhausberg

Vorlage: 18/SVV/0596

Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters

Der Oberbürgermeister eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt das Wort an Herrn Goetzmann, Fachbereichsleiter Stadtplanung und Stadterneuerung. Herr Goetzmann stellt im Rahmen einer Präsentation das Prüfergebnis zu Einzelfragen zum Verkauf von Grundstücken am Brauhausberg vor. Er geht dabei zu Beginn auf eine mögliche Verlagerung von Baumassen ein und betont, dass eine Aufstockung um zwei Geschosse notwendig sei, um den Raum und den Wert der Flächen des Grundstücks des ehemaligen Terrassenrestaurants „Minsk“ zu kompensieren. In der anschließenden Visualisierung der Aufstockung macht Herr Goetzmann deutlich, dass der Blick vom Brauhausberg nach Potsdam in jedem Fall beeinträchtigt werden würde.

Herr Kümmel, Leiter des Büros des Oberbürgermeisters, setzt die Präsentation fort und geht auf die Möglichkeiten für eine öffentliche Nutzung des Minsk ein. Er betont dabei, dass die Flächen im Bebauungsplan derzeit als allgemeines Wohngebiet festgesetzt und damit nur eine „das Wohnen nicht störende Nutzung“ denkbar sei. Bezüglich der vorgeschlagenen Mietpreis- und Belegungsbindungen für 20 Prozent der Wohnfläche teilt er mit, dass der aktuell Höchstbietende bereit wäre diesen Vorschlag umzusetzen. Die Kaufpreisminderung würde in diesem Fall 2,7 Millionen Euro betragen.

Herr Kirsch fragt, wie hoch die Geschosshöhen im Bebauungsplan seien. Herr Goetzmann antwortet, dass diese nicht festgeschrieben seien. Herr Kirsch weist darauf hin, dass niedrigere Geschosshöhen auch niedrigere Gebäude bedeuten würden und bittet darum, die Geschosshöhen nachzureichen.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass der Prüfauftrag ein anderer gewesen sei. Es sollte nicht die komplette Baumasse verlagert werden und dies auch nicht unbedingt durch eine Aufstockung der Gebäude. Auch eine Erweiterung der Gebäude in die Tiefe sei denkbar. Die Prüfung sei seiner Ansicht nach nicht richtig erfolgt und es seien primär „Abwehrargumente“ gegen einen Erhalt des Minsk gesammelt worden.

Frau Hüneke ergänzt, dass die Bruttogeschossfläche nicht komplett erhalten bleiben müsse. Auch ein Einzelverkauf der Lose sei noch immer möglich. Die Prüfung sei auch ihrer Auffassung nach nicht korrekt erfolgt. Herr Goetzmann antwortet und betont, dass der Bebauungsplan auf das Ergebnis des damaligen städtebaulichen Wettbewerbs ausgerichtet sei. Eine Änderung des Baubauungsplans sei nicht im einfachen Verfahren möglich und würde viel Zeit in Anspruch nehmen. Eine Verbreiterung der Baukörper sei ebenfalls nicht möglich, da sonst noch mehr Räume ohne natürlichen Lichteinfall entstehen würden. Möglich wäre aus seiner Sicht eine Verlagerung von Baumassen auf Gebäude weiter oben am Berg, jedoch ohne einen wirklichen Mengeneffekt.

Herr Sändig sagt, dass ausschließlich das Thema Aufstockung betrachtet worden sei. Auch sei der Prüfauftrag ein anderer gewesen. Es sollte nicht geprüft werden, warum ein Erhalt des Minsk nicht, sondern wie dieser möglich sei.

Der Oberbürgermeister betont, dass der stattgefundenene städtebauliche Wettbewerb auch einen Abriss des Minsk vorgesehen habe. Herr Goetzmann ergänzt, dass auch das Interessenbekundungsverfahren der Stadtwerke Potsdam

keine Option für eine weitere Nutzung des Minsk ergeben habe. Eine Einzelvergabe der Lose sei jedoch auch weiterhin möglich.

Herr Heuer sagt, dass die dargestellten Prüfergebnisse realistisch seien. Die einzige Option wäre ein kompletter Neuanfang, was einen Nachteil für die Refinanzierung des Sport- und Freizeitbades „blu“ bedeuten würde. Dies müsse nun die Stadtverordnetenversammlung entscheiden.

Im Anschluss entwickelt sich eine kontroverse Diskussion um Nutzungsmöglichkeiten für das Minsk, mögliche Veränderungen des Bebauungsplans und die Refinanzierung des blu.

Der Oberbürgermeister betont, dass es sich bei der heute behandelten Vorlage lediglich um eine Mitteilung handle. Eine Entscheidung müsse in der kommenden Sitzung der Stadtverordnetenversammlung auf Grundlage der entsprechenden Beschlussvorlage fallen. Er bittet darum, eventuelle Änderungsanträge zu dieser Beschlussvorlage frühzeitig zu stellen.

Die Mitteilungsvorlage wird im Anschluss **zur Kenntnis genommen**.

zu 8 Sonstiges

Informationen zum Beteiligungsrat 2019/2020

Herr Jetschmanegg, Fachbereichsleiter Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung, berichtet mündlich darüber, dass die Amtsperiode des aktuellen Beteiligungsrates zum Ende des Jahres hin auslaufe. Für die dadurch erforderliche Neubesetzung werden aktuell etwa 5.000 Haushalte in Potsdam angeschrieben und zur Bewerbung aufgefordert. Im Anschluss soll der Beteiligungsrat für die kommende Amtszeit 2019/2020 neu besetzt werden.